

Stand: 13.12.2022 13:23:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24735

"Zukunftsfähige Lösungen in und für Bayern - Abkehr von der gescheiterten, grünen Energiewende im Haushaltsentwurf für 2023 festschreiben"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/24735 vom 27.10.2022
2. Beschluss des Plenums 18/24758 vom 27.10.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.10.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und
Fraktion (AfD)

Zukunftsfähige Lösungen in und für Bayern – Abkehr von der gescheiterten, grünen Energiewende im Haushaltsentwurf für 2023 festschreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich einen Entwurf für das Haushaltsgesetz 2023 vorzulegen. Darin sollen insbesondere

- die Förderung für die Erforschung zukunftsfähiger Energieerzeugung, wie z. B. Dual-Fluid- oder Thorium-Flüssigsalz-Reaktoren,
- die Reduktion aller Förderungen für „die Bekämpfung des Klimawandels“ und der gescheiterten, grünen Energiewende,
- eine sofortige Sperre für die verbliebenen Mittel in Kapitel 13 18 mit Namen „Corona-Investitionsprogramm“, bis über dessen Rechtmäßigkeit befunden wurde,
- keinerlei Landesmittel für das „Klimaticket“ bzw. den Nachfolger des 9-Euro-Tickets,
- für den kommenden Härtefallfonds eine klare Namensgebung, z. B. „Sonderfonds gescheiterte Energiewende“

vorgesehen werden.

Begründung:

Aktuelle Krisen erfordern zukunftsfähige und nachhaltige Lösungen, auch auf Landesebene. Die Staatsregierung zögert, wie in dieser Legislaturperiode üblich, die Vorlage des Entwurfs für das Haushaltsgesetz 2023 hinaus. Die in der Bayerischen Haushaltsordnung festgehaltene Vorlagefrist wurde für das Jahr 2022 erneut übergangen. Gleichzeitig wurde vorab medienwirksam von Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker verkündet, dass die Kommunen im Jahr 2023 mit satten 11,3 Mrd. Euro ausgestattet werden.¹ Im selben Artikel wird angedeutet, dass die Staatsregierung eine weitere Steuerschätzung abwarten möchte, bevor der Haushaltsentwurf veröffentlicht wird. Eine unverzügliche Vorlage des Entwurfs ist aber geboten, auch wenn eine Verabschiedung dieses Jahr zeitlich kaum zu bewältigen wäre. Denn sowohl Bund als auch andere Länder verabschiedeten ihre Haushalte in den vergangenen, krisengeplagten Jahren fristgemäß vor dem Beginn des neuen Haushaltsjahres.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-finanzausgleich-kommunen-fueracker-1.5680525>

Wir dürfen nicht bis April damit warten,

- die Erforschung zukunftsfähiger Energieerzeugung zu fördern. Weltweit werden neue Kernreaktoren gebaut und es wird zur sicheren, zivilen Nutzung von Kernenergie geforscht. Auch in Deutschland kann die Kernenergie problemlos eingesetzt werden - schließlich ist die Kernenergie „grün“ laut EU-Taxonomie.
- die Ausgabemittel für die Treiber der grünen Inflation zu reduzieren. Ausgaben für Elektroexperimente, z. B. Elektrobusse, die sich am freien Markt nicht durchsetzen können, kann sich der Freistaat nicht mehr leisten. Tatsächlich ist das milliarden-schwere Landesprogramm „Klimaland Bayern“ unter den momentanen Bedingungen ein Hohn für Bürger und Unternehmen, die ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.
- die Mittel aus dem „Corona-Investitionsprogramm“ zu sperren. Auch wenn schon viel Geld im Jahr 2022 aus diesem Kapitel abgeflossen ist, gilt es jeden Euro weitere Kreditaufnahme zu verhindern. Das „Corona-Investitionsprogramm“ hatte und hat keinen sachlichen Bezug zu der tatsächlichen Coronapandemie und erfüllt, ebenso wie die „Hightech Agenda Plus“, nicht die Voraussetzungen für eine Kreditfinanzierung. Auch der Oberste Rechnungshof (ORH) kommentiert in seiner Unterrichtung des Landtags und der Staatsregierung aus dem Februar 2022 diese Maßnahme kritisch. Die im Investitionsprogramm finanzierten Maßnahmen haben ihren Ursprung allesamt vor der Coronapandemie. Die Hightech Agenda startete bereits 2019 und der Digitalisierungsrückstand in Deutschland und Bayern ist seit fast einem Jahrzehnt bekannt. Selbst die sogenannte Klimakrise ist in der gängigen Erzählweise ihrer Vertreter ein Phänomen, das als Folge der Industrialisierung der vergangenen Jahrhunderte auftrat. Somit rückt ein möglicher unmittelbarer Veranlassungszusammenhang in weite Ferne.
- dem „Klimaticket“ eine klare Absage zu erteilen. Bereits das 9-Euro-Ticket führte zu chaotischen Zuständen bei der Bahn, zur massiven Abnutzung und zu Rekordwerten beim Krankenstand der Bahnmitarbeiter. Jede fünfte Fahrt verlief nicht nach Plan und die wichtigsten Bahn-Gewerkschaften summierten: „Wir merken: Das 9-Euro-Ticket macht krank.“² Das 9-Euro-Ticket und auch dessen Nachfolgeregelung belasteten und belasten den Bürger über Steuern und Abgaben, brachten und bringen aber ganzen Bevölkerungsschichten keinen Nutzen. Gerade Menschen im ländlichen Raum, die auf ihr Auto angewiesen sind, können nicht von der Regelung profitieren.
- eine klare Namensgebung beim Aufsetzen neuer Fonds zu verwenden. Der Fonds sollte nicht Härtefallfonds heißen, sondern „Sonderfonds gescheiterte Energiewende“. So ist jedem Bürger, jedem Unternehmer sofort klar, dass er aufgrund einer ideologiegetriebenen, falschen Politik in den letzten Jahrzehnten um seine Energiesicherheit und seinen Wohlstand gebracht wurde.

² <https://www1.wdr.de/nachrichten/bahn-zugausfaelle-krankenstand-neun-euro-ticket-100.html>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/24735

Zukunftsfähige Lösungen in und für Bayern – Abkehr von der gescheiterten, grünen Energiewende im Haushaltsentwurf für 2023 festschreiben

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Claudia Köhler

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Doris Rauscher

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Plenk

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Raimund Swoboda

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schnelle Lösungen in und für Bayern - Haushaltsentwurf für 2023 umgehend vorlegen (Drs. 18/24636)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

Zukunftsfähige Lösungen in und für Bayern - Abkehr von der gescheiterten, grünen Energiewende im Haushaltsentwurf für 2023 festschreiben (Drs. 18/24735)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Entlastungen für die Menschen und Zukunftsinvestitionen in Bayern: Staatshaushalt 2023 jetzt! (Drs. 18/24736)

(Unruhe)

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich Sie, wieder Platz zu nehmen und die Gespräche gegebenenfalls draußen fortzusetzen. – Herr Mannes. – Vielen herzlichen Dank. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Claudia Köhler das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Außer Forderungen an den Bund zu stellen, ist aus unserem bayerischen Kabinett seit Monaten nichts zu hören, auch heute nicht. Auch wenn die CSU im Bund in der Opposition ist, in Bayern sind Sie immer noch an der Regierung, und da können

Sie nicht einfach die Arbeit einstellen. Sie müssen Ihrer Verantwortung endlich nachkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Lage ist ernst in Bayern; es brennt an allen Ecken und Enden. Wir brauchen schnelle Lösungen in Bayern, auch Lösungen, die Geld kosten. Aber wo bleibt der Haushalt? Wollen Sie im Ernst alle Lösungen auf Mai 2023 verschieben? Alle, die auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind, brauchen Planungssicherheit, und zwar jetzt. Die Exekutive muss gut arbeiten können. Unsere Kommunen brauchen zuverlässige Aussagen, Zusagen, Rahmenbedingungen. Die Unternehmen müssen wissen, was gefördert wird, wo sie unterstützt werden, was auf sie zukommt. Das Mindeste, das Dringendste dabei ist, dass die Regierung in der Krise ihre Arbeit macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wäre froh, sehr geehrte Herren Kollegen, wenn Sie nicht immer, wenn eine Frau der Opposition hier zu sprechen beginnt, miteinander ratschen oder aufstehen würden. Es ist wirklich ein Grundpfeiler der Höflichkeit, dass Sie wenigstens das laute Reden einstellen, bitte.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das möchte ich ausdrücklich unterstützen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Claudia Köhler (GRÜNE): Das Mindeste, das Dringendste ist, dass die Regierung in der Krise ihre Arbeit macht, dass sie dem Parlament einen Haushaltsentwurf vorlegt, den die Legislative dann beraten, ergänzen und verabschieden kann. Sie aber trödeln. Ja, ein später Haushalt spart Mittel, wenn er erst im Mai in Kraft tritt, das weiß ich schon. Aber genau diese Haltung ist in der Krise katastrophal, Herr Herrmann. Stellen an den Behörden können dann erst sehr viel später besetzt werden. Dringend benötigte Arbeitszeit geht so ganz einfach verloren. Das schwächt unsere Ämter.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen, und zwar ab Januar funktionierend, einen Härtefallfonds in Bayern. Wir schlagen in dem Antrag 200 Millionen Euro vor, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Energieknappheit und vor allem auch die hohen Preise abzufedern, die aus der fossilen Abhängigkeit resultieren, gegen die diese Regierung so lange nichts gemacht hat.

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

Wir brauchen ab Januar eine Unterstützung der Kommunen für den Ausbau der Infrastruktur, für die klimaneutrale Energieversorgung, für den Ausbau der Wärmenetze, für die Förderung regenerativer Energien. In den letzten 15 Jahren haben Sie quasi nichts für Geothermie gemacht. Das haben Sie mir sogar schriftlich gegeben und dazugeschrieben: Wir machen auch weiterhin nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass auch in Bayern das 49-Euro-Ticket ab Januar starten kann. In Zeiten steigender Sprit- und Energiepreise wird es eine enorme Entlastung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden, für Studierende, für Pendler, für Rentner*innen, für Familien. Aber Sie dürfen es nicht hinauszögern. Legen Sie endlich eine Finanzierung für den Landesanteil vor, damit das Ticket ab Januar auch bei uns gelten kann.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dann brauchen wir natürlich endlich genügend Lehrkräfte und die zugesagte Besoldung nach A 13; denn außer dem Kultusministerium haben inzwischen alle gemerkt, dass wir für diese Anzahl Schüler viel zu wenige Lehrkräfte haben.

Wir brauchen auch endlich eine verlässliche Kinderbetreuung; denn

(Beifall bei den GRÜNEN)

am Ende schwächt es auch unsere Wirtschaft, wenn die Unternehmen keine Arbeitskräfte finden, weil sich junge Eltern noch nicht einmal auf die Kinderbetreuung verlassen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorsichtshalber erinnere ich Sie auch gleich noch: Vergessen Sie dieses Jahr bitte nicht schon wieder die Berufseinstiegsbegleitung für unsere Jugendlichen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, für das Vertrauen in die funktionierende Demokratie ist es essenziell, dass zum Jahreswechsel ein neuer Haushalt in Kraft tritt. Das ist Ihre Arbeit und die dürfen Sie nicht länger verweigern!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Den AfD-Antrag lehnen wir ab. Bei der SPD werden wir uns enthalten aus dem Grund, dass uns da zu viele pauschale Leistungen drinstehen, die für Arm und Reich vorgesehen sind. Deshalb enthalten wir uns an der Stelle. Es braucht aber natürlich schnellstens einen Haushaltsentwurf.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. Ich bitte die Gesprächsgruppen und den Abgeordneten Pohl, das Gespräch draußen fortzusetzen, wenn das möglich ist. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mang für die AfD-Fraktion. Bitte sehr.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um einen Antrag der GRÜNEN, mit dem Sie das auf Bundesebene angerichtete Energiechaos nun in Bayern mit viel Geld und noch mehr grüner Ideologie zuschütten wollen. So fehlt auch nicht das typisch grüne

Postulat namens Klimaneutralität, das Sie wie eine Monstranz vor sich hertragen. Es droht größte Not für das Volk im Winter. – Wie lautet die grüne Lösung? – Ich zitiere: "Förderung von Investitionen in eine klimaneutrale Energieversorgung." Ja, genau! Nicht Erdgas oder Öl, sondern die klimaneutrale Energieversorgung wird ganz gewiss in diesem Winter für ein warmes und besinnliches Weihnachten sorgen. Ganz bestimmt!

Die gescheiterte Energiewende soll ein Härtefallfonds in Höhe von 200 Millionen Euro richten. Dann nennt doch bitte das Kindchen beim Namen! Wir haben auch schon einen Vorschlag: Sonderfonds gescheiterte Energiewende. – Das wäre eine ehrliche Bezeichnung.

Sie stellen in dem Antrag die Behauptung auf, die Energieknappheit sei eine Folge des Kriegs in der Ukraine. Das ist die neue große grüne Lüge.

(Beifall bei der AfD)

Es war die Regierung, welche Nord Stream 2 nicht in Betrieb nehmen wollte, und das schon vor Kriegsbeginn. Sie sind es, die kein russisches Gas mehr beziehen wollen, und aus welchem Grund? – Weil Sie Lobbypolitik für die teure amerikanische umweltschädliche Frackinggasindustrie betreiben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der AfD)

Nachdem Sie die letzten zwei Jahre die Taschen der Pharmariesen bis zum Platzen gestopft haben, knallen zur Abwechslung mal wieder die Champagnerkorken bei der Energielobby, bevorzugt der Klimalobby, und nebenher auch noch bei der Kriegslobby. Dabei wäre die Lösung so einfach. Setzen Sie sich für die Reparatur von Nord Stream 1 und 2 ein, beenden Sie die völlig nutzlosen, ja für uns schädlichen Wirtschaftssanktionen, wenden Sie sich der neuen GAU-sicheren und atommüllfreien Kernkraft zu! Denn sind die Gasspeicher erst einmal erschöpft, können Sie mit noch

so viel Geld herumwedeln und mögen auf dem bedruckten Papier noch so viele Nullen hinter der Eins stehen, Sie werden keine Gas- oder Ölheizung befeuern können.

Zum Ende noch ein abschließender Kommentar: Wo sich viele Schulden türmen, entstehen auf der anderen Seite ebenso große Guthaben. Die große Transformation ist in vollem Gange. Das Geld wird mit jeder Krise von unten nach oben gepumpt. Bei dieser Volksenteignung machen alle Parteien mit, bis auf eine, die sich gegen diese Lobbypolitik der alten Parteien wehrt, die AfD. Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Doris Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Bayern stehen vor großen Herausforderungen. Viele haben Angst vor dem Winter. Die Preise für Lebensmittel und Nebenkosten steigen weiter an. Unternehmen, Anbieter sozialer Dienstleistungen und die Kliniken schlagen Alarm, weil sie ihre Angebote bei den steigenden Kosten vielleicht nicht mehr sicherstellen können. Das sind Angebote, bei denen es um Bayerns soziale Infrastruktur geht. Und die Staatsregierung? – Außer viel Gejammer Richtung Berlin und Lippenbekenntnissen ist mal wieder nichts gewesen. Am 21. September 2022 beispielsweise verkündete der Ministerpräsident ein Entlastungspaket für Vereine, Pflege und soziale Einrichtungen. Details dazu gibt es immer noch nicht. Dabei brennt die Hütte. Maßnahmen sind dringend notwendig, und dafür brauchen wir die Vorlage eines Haushaltsentwurfs.

Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu, wollen aber natürlich die Steuerschätzung, die heute vorgelegt wurde, mit berücksichtigt haben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr richtig!)

Nur so wird ein seriöser Entwurf daraus.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Bayern brauchen Klarheit und Entlastung. Deshalb fordern wir, die SPD-Fraktion, seit Monaten konkrete Maßnahmen wie zum Beispiel einen Winterwärmefonds, Hilfen für Helfende, also Wohlfahrtsverbände und soziale Einrichtungen, einen Kinderzuschlag, die Ausweitung des Frühstücksprogramms an Schulen, eine Energieberatungskampagne, Geld für bayerische Krankenhäuser, die Einführung eines 29-Euro-Tickets für den ÖPNV, Förderung für Menschen mit Grundsicherungsbezug, ein Energie- und Klimageld, landesweite Energieberatungskampagnen, Notfallfonds für den Arbeitsplatz. Auch die Sportvereine brauchen Unterstützung bei den Energiekosten.

(Beifall bei der SPD)

Ergänzende Landesmittel zu den großen Entlastungspaketen der Bundesregierung sind notwendig. Gute Lösungsvorschläge für die vielen Probleme in unserem Land liegen also vor. Insgesamt ist ein innovativer Investitionshaushalt für das Jahr 2023 notwendig, und zwar bereits zum Januar in der Umsetzung. Anderenfalls ist es die Schuld der Staatsregierung, wenn die Menschen bis April auf Unterstützung warten müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist unsozial.

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie lieber auf zu spalten und Projekte wie das Bürgergeld mit wertvollen Verbesserungen für die Menschen in diesem Land parteipolitisch zu instrumentalisieren! Das ist unwürdig. Hören Sie auf mit Ihrer Polemik und den permanenten und unnötigen Fingerzeigen nach Berlin, und kehren Sie bitte zurück zur Sachpolitik in diesen schwierigen Zeiten! Das ist die Aufgabe der Staatsregierung in Bayern. Machen Sie

also Ihre Arbeit! Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu, und machen Sie in Bayern Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Ernst Weidenbusch das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute Vormittag wurde die Steuerschätzung vorgelegt. Ich kenne die Steuerschätzungen schon sehr lange. Ich habe noch nie erlebt, dass bei der Veröffentlichung der Steuerschätzung gleich behauptet worden ist, dass das die unzuverlässigste Steuerschätzung ist, die wir jemals abgegeben haben, weil wir die Rahmenbedingungen kaum beurteilen können. Es steht außer Frage, dass wir uns in den Nachwirkungen einer mehrjährigen Pandemie und in den Auswirkungen des Ukraine-Krieges befinden. Diese Ereignisse haben ganz andere Auswirkungen auf Steuerentwicklungen, als wir das in den letzten Jahrzehnten des Friedens und ohne solche gesundheitlichen Störungen gewohnt waren. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man einen Haushaltsplan erst aufstellen kann, wenn man die Rahmenbedingungen wenigstens in etwa abschätzen kann. Frau Rauscher, Sie haben das zu Beginn Ihres Wortbeitrages selbst so gesagt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gut angefangen und schlecht aufgehört!)

Die vorliegende Steuerschätzung geht im Vergleich zur letzten Steuerschätzung sogar von Steuer Mehreinnahmen aus. Gleichzeitig wird die Volatilität der Schätzung in einem so hohen Bereich gesehen, dass die Steuereinnahmen sehr viel niedriger als angenommen ausfallen könnten.

Ich gehe davon aus, dass sich die Staatsregierung unmittelbar hinsetzen wird und mit den Zahlen und den sicherlich bereits in umfangreicher Weise besprochenen Themen umgehen wird und innerhalb der nächsten 14 Tage daraus einen Haushaltsentwurf entwickeln wird. Dieses Vorgehen ist genau richtig so. Gerade in derart schwierigen

Krisenzeiten, wie wir sie momentan erleben, gilt doppelt: Qualität geht vor Geschwindigkeit. Den Haushaltsentwurf werden wir dann im Bayerischen Landtag vorgelegt bekommen, im Haushaltsausschuss beraten und letztlich im Plenum beschließen.

Sie vermengen Ihre Anträge, die viele berechnigte Anliegen enthalten, mit denen wir uns auseinandersetzen werden müssen, mit illusorischen formalen Vorgaben. Sie selbst müssten wissen, dass man ohne die erst heute erfolgten Vorgaben der Steuerschätzung keinen Haushaltsplan entwickeln konnte und kann.

Letztendlich entsteht ein Stück weit der Eindruck, als hätten Sie die Anträge zum Haushalt bereits fertig, ohne diesen zu kennen, und würden jetzt enumerativ die wesentlichen Bestandteile in die Anträge reinschreiben. Das ist auch Ihr gutes Recht. Es ist ja die Aufgabe der Opposition, eigene Lösungsmodelle für Krisensituationen zu entwickeln und aufzuschreiben. Vom Ergebnis her muss man jedoch festhalten, dass wir von weiteren Vorgaben abhängig sind, die wir letztendlich erst Ende November bekommen werden. Noch nicht einmal der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat bisher abstimmungsreife Vorschläge für die endgültige Ausgestaltung des Haushalts. Das Bundeskabinett hat im März, soweit ich mich erinnere, Leitlinien aufgestellt und in einer Kabinettsitzung im Juli einen Entwurf des Bundeshaushalts präsentiert. Wir erleben aber alle mit, dass wöchentlich Änderungen diskutiert werden müssen. Hin und wieder kommt es zu einem Machtwörtchen des Bundeskanzlers, das eine entsprechende Korrektur des Haushaltsentwurfs nach sich zieht. Wir dürfen alle gespannt sein, was am Ende im Haushaltsausschuss und im Bundestag beschlossen wird. Der Entwurf der Länderstellungnahmen zu den Finanzierungsvorschlägen für die Länder, der für die morgige Sitzung des Bundesrates vorliegt, deutet in erheblichem Umfang an, dass der Bundeshaushalt so nicht funktionieren kann, weil die Zustimmung der Länder zu den zu leistenden erheblichen Beiträgen fehlt. Diese Zustimmung wäre aber notwendig.

Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Lassen Sie uns, wie sich das in Bayern bewährt hat, abwarten, bis wir die notwendigen Informationen haben. Auf dieser Grundlage

können wir Lösungen entwickeln. Diese können wir dann im Haushaltsausschuss und abschließend im Plenum diskutieren und dann darüber abstimmen, damit wir Bayern in eine sichere und gesicherte Zukunft für seine Bürgerinnen und Bürger führen können.

Letztendlich bleibt festzuhalten: Das einzige Bundesland, das das Geld hat, sich um seine Bürger zu kümmern, ist der Freistaat Bayern. Das einzige Bundesland, das fast das Geld hat, sich um seine Bürger zu kümmern, ist Baden-Württemberg. Bei den restlichen Bundesländern ist es eigentlich wurscht, welchen Haushalt sie aufstellen, weil sie eh nicht wissen, wie sie diesen bezahlen sollen. Das können Sie in den Zeitungen in ganz Deutschland nachlesen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Die erste ist vom Kollegen Harald Güller für die SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Weidenbusch, Sie gehören der Fraktion an, deren Ministerpräsident jeden Tag zur Ampel-Regierung nach Berlin zeigt und sagt, man sei nicht schnell genug, und die Programme würden nicht schnell genug aufgelegt. Das macht übrigens auch der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger. Jetzt wird von Ihrem Ministerpräsidenten ein ein Milliarden schweres Hilfsprogramm angekündigt, ein Härtefallfonds – 500 Millionen Euro, wenn ich es richtig verstehe, über die LfA und 500 Millionen Euro über den Haushalt des Freistaates Bayern. Es wurde sogar angekündigt, das auf eine Milliarde Euro aufzustocken. Ist es richtig, dass ein solches Programm nur in Kraft treten kann, wenn wir einen neuen und gültigen Staatshaushalt 2023 haben? Wenn das so ist, dann verträsten Sie die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und die bayerische Wirtschaft mit diesem Härtefallfonds auf eine Auszahlung frühestens im April bzw. Mai 2023. Das halte ich für eine in höchstem Maße unverantwortliche Politik für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Güller, es ist schwierig, wenn Sie uns auffordern, schneller zu handeln, und gleichzeitig den Ministerpräsidenten schelten, weil er in Berlin die Voraussetzungen dafür anfordert. Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder lassen Sie der Ampel-Regierung alle Zeit der Welt, dann müssen Sie aber auch nachsehen, dass Bayern erst reagieren kann, wenn Entscheidungen vorliegen. Oder Sie finden jemanden, der die Handynummer von Herrn Scholz hat; dann kann derjenige anrufen und versuchen, ihn dazu zu bewegen, dass schneller gehandelt wird. Wahrscheinlich gibt es außerhalb Bayerns SPDler, die die Nummer haben.

Zur zweiten Frage: Ihre Annahme ist nach meiner Wahrnehmung falsch. Soweit ich weiß, haben wir die Notfallsituationen im Freistaat Bayern, die seit Beginn der Pandemie im März 2020 aufgetreten sind, durch Konsultationsverfahren dieses Parlaments gelöst, und es hat niemand, wirklich niemand Not leiden müssen, weil wir nicht in der Lage gewesen wären, in der gebotenen Weise auf die gegebenen Herausforderungen zu reagieren. Ich kann mich gut erinnern, dass die 20 Milliarden Euro, die wir 2020 im Landtag zur Verfügung gestellt haben, im Haushaltsentwurf 2019 in keiner Weise vorhanden waren. Den Menschen das Gefühl zu geben, die Staatsregierung sei nicht in der Lage, auf die Not der bayerischen Menschen zu reagieren, ist unredlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Dann die zweite Zwischenbemerkung: von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Kollege Weidenbusch, man braucht sich ja nur Ihre Anträge von heute anzusehen. Es geht immer nur um Berlin; es geht nie um Bayern. Sie haben die letzten fünf Jahre keinen pünktlichen Haushalt mehr vorgelegt. Obwohl es in der Bayerischen Haushaltsordnung "30. September" heißt, liegt seit 2017 kein pünktlicher Haushalt mehr vor. Man spart natürlich Mittel, wenn die Stellen später besetzt werden, aber das nützt uns ja nichts. Sie haben gerade gesagt, wir würden einen

Antrag stellen, ohne den Haushalt zu kennen. – Ja, da haben Sie das Problem erkannt. Keiner kennt den Haushalt. Wir brauchen ihn aber dringend.

Wir zwei, Sie und ich, sitzen beide im Kreistag des Landkreises München. Wir ringen gerade ganz heftig um staatliche Stellen. Sie sehen doch selbst, dass alle Kommunen, Landkreise und Gemeinden darauf warten, was der Freistaat macht, damit sie endlich planen können, wie sie und womit sie in der Krise den Menschen helfen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Immer noch nicht kapiert jetzt, oder?)

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Köhler, ich weiß nicht, ob das jetzt wirklich Sinn macht, weil das das persönliche Verhältnis natürlich nicht verbessert. Ich sage aber so viel: Sie haben diese Problematik im Kreistag des Landkreises München nicht verstanden.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Doch, doch!)

Bei der Fragestellung, wie viele Menschen glaube ich denn als Kreis, dass ich brauche, um eine Arbeit zu erledigen, und der Feststellung des Freistaates Bayern, wie viele Menschen es nach Auffassung der Staatsregierung braucht, um diese Arbeit zu erledigen, gibt es immer Unterschiede.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nicht ablenken!)

Das hat aber mit einer Haushaltsaufstellung überhaupt nichts zu tun. Auch wenn wir den Haushalt des Freistaates Bayern hier präsentieren würden,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nicht ablenken!)

wüsste die Abteilung für Ausländerrecht oder die Abteilung für den Naturschutz im Landratsamt München nicht, ob der Kreistag des Landkreises München dafür zwei oder drei Stellen mehr zur Verfügung stellt. Sie werden aber erleben, dass bei der Haushaltsaufstellung im Landkreis München im Plenum des Kreistages Sie selbst mit

zu entscheiden haben, wie viele Stellen zur Verfügung gestellt werden. Dabei kommt es auf den Freistaat Bayern überhaupt nicht an. Sie können sich dann melden und darüber sprechen, aber das hat keine Bedeutung.

(Beifall bei der CSU – Claudia Köhler (GRÜNE): Das müssen wir im Januar wissen und nicht im Mai!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Weidenbusch. – Nächster Redner ist Herr Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion:

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es fast wörtlich so gefallen: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Auf den ersten Blick überrascht der Antrag der GRÜNEN dann schon, insbesondere wenn darin gefordert wird, einen Haushaltsentwurf möglichst bald vorzulegen, weil ich davon ausgehen kann, dass in ein paar Wochen oder im schlimmsten Fall in ein paar Monaten sowieso einer vorliegt.

Auf der anderen Seite kommt mir der Antrag sehr entgegen, wenn ich daran denke, was wir in der letzten Zeit im Haushaltsausschuss zu hören bekommen haben. Jeder Antrag wird verschoben; irgendwann kommt alles im Haushalt. Seit Jahren bekommen wir keinen Haushalt mehr innerhalb der vorgesehenen Zeit vorgelegt. Das ist seit Jahren so. In der Haushaltsordnung gibt es die Vorgabe – das wurde schon genannt –, dass er, ich glaube, in der ersten Sitzungswoche nach dem 30. September vorgelegt werden soll. Dies wird seit Jahren nicht eingehalten. Es mag jetzt sein, dass wir eine ganz besondere Situation haben. Trotzdem muss man sich aber irgendwann an die Spielregeln halten.

Dass der Haushaltsentwurf natürlich bestimmte Aussagen enthalten muss, zum Beispiel zum Härtefallfonds, zum ÖPNV-Ticket usw., ist völlig unbestritten. Völlig unbestritten ist, dass Regelungen enthalten sein müssen. Ich bin gespannt, ob angesichts der jetzt schon existierenden Zusage der einen Milliarde, die zitiert wurde, der Haus-

haltsentwurf in Bayern ohne Neuverschuldung auskommt und wie viele Wahlgeschenke möglicherweise enthalten sein werden. Das wird noch spannend.

Herr Weidenbusch, Sie haben gerade die Steuerschätzung angesprochen. Ich glaube, da ist verdammt viel Inflation enthalten. Wenn man diese herausrechnet, würde man sehen, wie viel Steuermehreinnahmen tatsächlich vorhanden sind.

Die Einwände der Regierung sind natürlich auch bekannt; Sie haben sie gerade teilweise zitiert, beispielsweise die Steuerschätzung abzuwarten. Die liegt jetzt vor. Vielleicht braucht man noch ein paar Wochen, um sie zu verarbeiten – das sehe ich durchaus noch ein. Es ist aber auch nicht verboten, einen Entwurf vorzulegen und dazuzusagen, dass dieser hinterher noch ein wenig korrigiert werden muss. Das muss man auch einmal sagen. Da bricht kein Zacken aus der Krone. Nirgendwo ist festgeschrieben, dass der Entwurf bis auf die unsägliche Fraktionsreserve unveränderbar ist. Da könnte man also möglicherweise auch früher anfangen.

Sie sagen, es sei abzuwarten, bis der Bund seine Hausaufgaben gemacht hat. Eine Bund-Länder-Beziehung gibt es immer, und da werden immer Entscheidungen getroffen. Das war schon immer so. Dann könnte man auch ewig warten.

Noch einmal: Die Haushaltsordnung sieht ganz klar die erste Sitzungswoche des Landtags nach dem 30. September vor. Wenn Sie das auf Dauer nicht können, müssen Sie eben die Haushaltsordnung ändern. Auf diese Diskussion freue ich mich schon; denn es wäre ein Offenbarungseid, wenn wir die Haushaltsordnung ändern würden. Der Haushalt ist ein Plan. Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn ich ihn am Ende der Planungsperiode aufstelle.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich das alles zusammennehme, bleibt mir als FDP-Abgeordnetem im Moment eigentlich nur übrig, mich bei diesem Antrag zu enthalten, liebe GRÜNE, weil ich glaube, dass ich insbesondere unter Verwendung der Steuerschätzung und vielleicht auch

der bayerischen Zahlen in ein paar Tagen vielleicht trotzdem die Möglichkeit habe, etwas vorzulegen. Ich hoffe inständig, dass es angesichts der Situation und der dringenden Aufgaben, die wir haben, nicht März oder April wird, bis wir den Haushalt tatsächlich verabschieden.

Zu den Anträgen von AfD und SPD kann ich nur sagen: Die Diskussion darüber, den Haushalt rechtzeitig vorzulegen, zu nutzen, um inhaltliche Diskussionen darüber zu führen, was denn alles wo beschlossen werden muss, finde ich ziemlich deplatziert. Deshalb werden wir diese Anträge ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank. – Es liegt noch eine Zwischenbemerkung – sie kam gerade noch rechtzeitig – von Herrn Kollegen Weidenbusch, CSU-Fraktion, vor. Bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Kaltenhauser, würden Sie bitte den Artikel 30 der Haushaltsordnung einmal korrekt zitieren? Sie haben gesagt, dass es ein Verstoß gegen die Regeln wäre, dass der Haushalt nicht vorgelegt wurde. Deshalb würde ich Sie bitten, Artikel 30 Haushaltsordnung einmal korrekt zu zitieren.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ich habe mir nur aufgeschrieben: In der ersten Sitzungswoche des Landtags nach dem 30.09. ist der Haushalt in der Regel vorzulegen. So kenne ich das.

Ernst Weidenbusch (CSU): So ähnlich! In Artikel 30 steht – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte keine Zwiesprachen. Sie haben Ihre Frage gestellt, Herr Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Sie können es also nicht beantworten! Das ist okay!

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ja, das können wir dann klären.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Dr. Kaltenhauser.
– Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Bundeswehr gibt es ein Bonmot: Ab 1. April ist Sommer befohlen. Das heißt, egal welche Witterung herrscht, man muss dann sommerlich gekleidet zum Dienst kommen. So ungefähr kommt mir auch Ihr Beharren darauf vor, dass am 30.09. ein Haushaltsentwurf vorgelegt werden soll.

Wir haben natürlich auch das Gebot der Klarheit und Wahrheit des Haushalts, und ein Haushalt muss die realen Verhältnisse abbilden. Wir haben eben in den letzten Jahren Haushalte vorzulegen gehabt, wofür die Prognose weitaus schwieriger als in normalen Zeiten war. Deswegen haben wir – das ist Ihnen sicherlich nicht entgangen – auch vom Doppelhaushalt auf das Jährlichkeitsprinzip umgestellt. Auch das ist der Tatsache geschuldet, dass man eben nicht mehr so ohne Weiteres vorplanen kann.

Frau Kollegin Rauscher, Sie haben völlig zu Recht gesagt, dass wir die Steuerschätzung schon abwarten sollten. Wie Sie dann allerdings dazu kommen, dass man, wenn man die Steuerschätzung abwartet und daraufhin der Finanzminister einen Haushalt erstellt, abgleicht und vorlegt, diesen Haushalt dann im Januar in Vollzug setzen soll, verstehe ich nicht. Ich frage die Haushaltspolitiker aller Fraktionen, ob sie denn wirklich bereit sind, die Haushaltsberatungen innerhalb von zehn Tagen inklusive Samstag und Sonntag durchzuführen. Das ist wirklich realitätsfern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Harald Güller (SPD): Sondersitzungen stehen in unserem Antrag auch drin!)

Lieber Kollege Güller, wir haben doch die Diskussionen darüber geführt, dass ihr ausreichend Zeit braucht, was übrigens völlig verständlich ist. Unsere Fraktion hat auch als Oppositionsfraktion Haushalte zu begleiten gehabt. Sie würden sich sehr beklagen,

gen, wenn am Dienstag die Erste Lesung wäre und am Mittwoch der erste Einzelplan beraten würde.

Ich glaube, wir brauchen hier kein Geplänkel, Frau Kollegin Köhler. Selbstverständlich wird der Haushalt schnellstmöglich vorgelegt. Dazu braucht es Ihren Antrag nicht. Zum jetzigen Zeitpunkt ist er ohnehin verfrüht. Ob es dann tatsächlich bis in den Mai dauert, wie Sie es prognostizieren, warten wir einmal ab. Es kommt ganz maßgeblich auch darauf an, wie viele Änderungsanträge von der Opposition kommen. Je weniger, desto schneller geht es. Den Antrag der GRÜNEN und auch die nachgezogenen Anträge lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: So schnell geht es dann doch nicht. Bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Plenk. Bitte sehr, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Pohl, Sie haben heute sinngemäß geäußert, dass hohe Staatsausgaben mit einer Marktwirtschaft unvereinbar sind. Dazu noch eine Frage: Wie stark müssten Ihrer Meinung nach die Staatsausgaben und somit die Staatsquote gesenkt werden, damit man wieder von einer echten Marktwirtschaft sprechen kann?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihre Annahme ist schon falsch. Ich habe nicht gesagt, dass hohe Staatsausgaben unserer Wirtschaftsordnung widersprechen, sondern das bedingungslose Grundeinkommen widerspricht unserer Wirtschaftsordnung. Wenn Ihre Grundannahme schon falsch ist, kann ich Ihre Folgefrage schlichtweg nicht beantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Christian Bernreiter das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich meine, ich bin im falschen Film. Die Ampelkoalition auf Bundesebene erfindet immer neue Sondervermögen und lässt sich dafür Blankochecks in Milliardenhöhe ausstellen.

(Alexander König (CSU): Sonderschulden, nicht Sondervermögen!)

Dabei ist nicht einmal bekannt, welche Entlastungsmaßnahmen gegen die hohen Energiepreise genau geplant sind, ob diese überhaupt ergriffen werden können. Es gibt ein ständiges Hin und Her, siehe Gasumlage. Laufend werden neue Vorschläge gemacht, aber keine Entscheidungen getroffen. Der Bund beschließt mit den Ländern Entlastungspakete, die nach den Vorstellungen des Bundes zu einem großen Teil von den Ländern finanziert werden sollen.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Das ist für mich ein einmaliger Vorgang. Ich habe das in meiner politischen Laufbahn noch nicht erlebt. Nach wie vor ist völlig offen, mit welchen Belastungen wir für den Landeshaushalt ab 2023 rechnen müssen.

Der Freistaat handelt anders als der Bund. Wir legen keine unausgereiften Konzepte vor und brauchen auch keine Blankochecks. Die Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung könnten nicht herausfordernder sein. Wir haben den Ukraine-Krieg und erhebliche Probleme bei einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Zudem haben wir immer noch die Corona-Krise. Eine Wirtschaftskrise von besonderem Ausmaß zeichnet sich ab. Die Herbstprognose der Bundesregierung erwartet für 2023 eine Rezession. Für die Haushaltsaufstellung gibt es daher erhebliche Unsicherheiten auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite. Die Entwicklung der Konjunktur und der Steuereinnahmen ist in höchstem Maße unsicher; Kollege Weidenbusch hat vorhin darauf hingewiesen. Der künftige Ausgabenbedarf für Maßnahmen gegen die Energiekrise ist auch noch nicht klar umrissen. Die Haushaltspolitik muss in absoluten Krisenzeiten auf Sicht fahren. Wir brauchen für den Haushalt 2023 möglichst aktuelle

und belastbare Entscheidungen. Darum gibt es auch heuer wieder, wie der Finanzminister plant, einen Einjahreshaushalt.

Ich darf heute den Finanzminister vertreten und kann Ihnen daher den Fahrplan für das weitere Verfahren nennen. Die Steuerschätzung läuft noch. Ich habe mich gerade vergewissert, sie ist im Haus. Die Steuerschätzung muss aber auf die Regionen heruntergebrochen werden. Man weiß nicht, welche Entlastungspakete es geben wird und wie sie wirken. Ich habe wirklich die große Hoffnung – und hoffe auch, dass Sie das unterstützen –, dass nächste Woche im Gespräch der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler insbesondere die Finanzierungsfragen geklärt werden. Der Bund muss sich hier endlich bewegen. Es kann nicht sein, dass der Bund ohne Beteiligung der Länder Maßnahmen beschließt, die die Länder dann in Milliardenhöhe mitbezahlen sollen.

Unser Plan ist, dass Mitte, Ende November der Regierungsentwurf durch den Ministerrat geht und dass noch in diesem Jahr, Mitte Dezember, der Finanzminister im Landtag den Haushalt einbringt.

Sie haben die Entlastungspakete angesprochen. Unser Ministerpräsident hat am 11. Oktober angekündigt, dass die Ausweitung des Bayerischen Härtefonds auf ein Bayernpaket mit einem Volumen bis zu einer Milliarde Euro möglich ist. Wir müssen sehen, was dazu ergänzend geleistet wird. Wir müssen aber erst einmal wissen, was der Bund plant. Wir können nicht irgendetwas beschließen. Oder erwarten Sie, dass der Bund nichts mehr machen muss, wenn Bayern irgendetwas macht? Ich kann dieses geplante Vorgehen nicht verstehen.

Jetzt ist die Ampelkoalition am Zug. Wir brauchen dringend eine schnelle Erklärung über die Mehrbelastungen der Länderhaushalte. Wie schaut es aus? Wie wirkt das dritte Entlastungspaket des Bundes? Wer finanziert das 49-Euro-Ticket? Das 29-Euro-Ticket ist hier genannt worden. Wir, die Verkehrsminister der Länder, haben mehrfach mit 16 : 0 Stimmen abgestimmt, 6 grüne Minister, 3 SPD-Minister, 2 FDP-Minister, eine

Linke und nur noch 3 Unionsminister sowie ein parteifreier aus Schleswig-Holstein. Mit 16 : 0 Stimmen haben wir beschlossen. Wir haben den VDV beauftragt auszurechnen, was man für 3 Milliarden Euro bekommen würde. Die klare Antwort: ein 69-Euro-Ticket. Der Wunsch ist aber ein 49-Euro-Ticket. Zuerst sollte es nur als Jahresticket gelten. Jetzt haben wir, die Verkehrsminister, darüber verhandeln können, dass man es monatlich kündigen kann, damit für die Menschen im ländlichen Raum die Möglichkeit besteht, das Angebot entsprechend wahrzunehmen.

Wir, die Verkehrsminister der Länder, fordern mit 16 : 0 Stimmen 1,5 Milliarden für die heurigen Regionalisierungsmittel. Für nächstes Jahr fordern wir eine dauerhafte Erhöhung des Plafonds und einen zusätzlichen Energiekostenausgleich. Sie hören es überall. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen stehen bei uns auf der Matte. Hinten und vorne geht es nicht mehr um. Wir müssen es entsprechend regeln. Und wir brauchen auch eine Zusage des Bundes, dass er dauerhaft mitfinanziert. Wenn wir wissen, dass es mit 49 Euro nicht getan ist, brauchen wir hinterher auch eine Kostenteilung. Es reicht nicht, dass man uns irgendetwas hinschmeißt. Das ist die übereinstimmende Meinung. Sie können bei meinen Länderkollegen, auch bei denen der GRÜNEN, nachlesen, was von uns gefordert wird. Darum muss das vorangehen.

Bei der Bauministerkonferenz ist es das Gleiche. Mit 16 : 0 Stimmen wurde gefordert, dass der Bund die Wohngeldreform bezahlen muss. Keine Einigung wurde darüber erzielt. Die Finanzminister haben mit 16 : 0 Stimmen die gleiche Meinung vertreten. Ich weiß nicht, ob Sie die Interessen des Landes Bayerns vertreten oder ob Sie parteipolitisch handeln und die Interessen der Bundesregierung vertreten.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gute Frage!)

Das muss ich schon einmal ganz klar sagen.

Wir haben offene Fragen bei der Finanzierung der Asylbewerberbetreuung. Diese Vereinbarung wurde zum Jahresende aufgekündigt. Ich habe damals selbst darüber mitverhandelt. Die Kommunen in Bayern haben das Glück, dass der Freistaat zugesagt

hat, alles oder zumindest das Meiste zu übernehmen. In anderen Bundesländern zahlen die Kommunen mit. Es ist schon ein starkes Stück, dass man solche Vereinbarungen einseitig aufhebt und aushebelt.

Der Oberclou ist für mich gewesen, dass der Bundesverkehrsminister mit uns verhandeln möchte und vier Arbeitsgruppen zu allen Themen einrichten wollte. Vielleicht bekommen die, die im Windhundverfahren am schnellsten sind, ein bisschen etwas. So kann man doch nicht miteinander umgehen. Ich kann nur sagen, bei den Länderverkehrsministern war parteiübergreifend dicke Luft. Von den anderen höre ich es genauso. Sie lesen auch von den Ministerpräsidenten, dass man so miteinander nicht umgehen kann. Wir brauchen klare Vorgaben; dann können wir handeln. Ich habe die leise Hoffnung, dass nächste Woche die drängenden Fragen geklärt werden.

Zu meinen Länderkollegen habe ich gesagt: Als wir noch in der Koalition gewesen sind, hätte es so etwas nicht gegeben. Im Vorfeld von so wichtigen Entscheidungen hätten wir es geregelt. Da wäre eine Lösung präsentiert worden; dann hätte man sich darauf verständigen können, wie man sie umsetzt.

(Zurufe von der SPD: Zwei Jahre Corona!)

Ich will jetzt aus internen Sitzungen und Kamingesprächen nichts ausplaudern. Aber ich kann sagen, da ist es ampelintern auch ganz schön rundgegangen.

Ich hoffe, dass die Ministerpräsidentenkonferenz nächste Woche die drängenden Fragen klärt. Erst muss der Bund seine Hausaufgaben machen und die Energiehilfen konkret ausgestalten; dann kann die Bayerische Staatsregierung mit Blick auf die Unterstützungsmaßnahmen auf Bundesebene und die Ergebnisse der Steuerschätzung das geplante Bayernpaket ausrichten. Sie werden das dann beschließen.

Ich möchte eine klare Botschaft für die Staatsregierung abgeben: In unsicheren und schwierigen Zeiten wird keiner im Stich gelassen. Es wird aber bei Weitem nicht jegliches Wunschdenken finanzierbar sein. Ich bitte Sie, dass Sie uns unterstützen. Ich

höre aus anderen Ländern nicht, dass dort vor Ort gegen die Landesregierung oder Teile davon gearbeitet wird, sondern dass gemeinsam darauf geschaut wird, dass der Bund endlich für Klarheit sorgt. Dann können wir auch vor Ort entsprechend handeln. Das ist meine dringende Bitte: In den Zeiten und Krisensituationen, in denen wir uns befinden, müssen eigentlich alle demokratischen Parteien zusammenarbeiten und die Probleme lösen.

(Ruth Müller (SPD): Sagen Sie das doch einmal Herrn Merz!)

– Ja, wir brauchen endlich Klarheit. Da sind auch Sie gefordert, auf Berlin einzuwirken, damit wir hier rasch Klarheit haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste macht Frau Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Staatsminister, wir wollten eigentlich etwas über den bayerischen Haushalt wissen, und Sie haben uns wieder einmal viel über Berlin erzählt. Meine ganz konkrete Frage lautet: Wann wird in Bayern der neue Haushalt gelten? Wann kann das angekündigte Bayern-Paket in Kraft treten? Und wann können wir mit einem vergünstigten Ticket in Bayern konkret rechnen? Es wäre noch besser, wenn Sie nicht das Wort "Ampel" verwendeten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist in ganz Deutschland ein Pfui-Wort!)

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Die Verkehrskonferenz hat mit 16 : 0 beschlossen, dass es dieses Ticket ohne eine Finanzierung aus Berlin nicht geben wird. Darin sind sich alle einig. Es ist eigentlich völlig unrealistisch, dass das am 1. Januar in Kraft treten kann. Wir schauen nächste Woche, wie es aussieht. Ernst Weidenbusch hat es vorhin angesprochen; bisher haben wir noch

immer Lösungen gefunden, wenn es notwendig war. Wenn wir wissen, wo wir ansetzen müssen, werden wir natürlich schauen, dass das so schnell wie möglich umgesetzt werden kann.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wann konkret?)

– Im Dezember wird der Haushalt hier eingebracht.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wann gilt der dann?)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte keine Nachfrage. Die müsste dann Herr Swoboda stellen. – Er macht jetzt die nächste Zwischenbemerkung.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben soeben in Ihrer Rede so vortrefflich erläutert, wie Sie im Vorfeld der Haushaltsaufstellung mit Forderungen in Milliardenhöhe und noch mehr an den Bund herantreten, und auf das Einvernehmen mit den anderen Bundesministern mit 16 : 0 verwiesen. Mir ist aufgefallen – das geht durch die Medien –, dass der Bund erhebliche Mehreinnahmen durch die inflationsbedingte Teuerung gerade bei der Mehrwertsteuer bekommt; das sollen zig Milliarden Euro sein.

(Alexander König (CSU): Das ist nicht die "heute-Show"! Es sieht nur so aus!)

Hoffentlich haben Sie auch zusammen mit den anderen Bundesministern mit 16 : 0 die Forderung erhoben, dass man hier das Ganze komplett an den Bürger zurückgibt, weil das ein unlauterer Erwerb durch Mehrwertsteuerprogression ist. Könnten Sie da einmal erklären, ob Sie das gemacht haben?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Das kann ich Ihnen ganz klar sagen: Die Verkehrsminister sind nicht für die Umsatzsteuer zuständig.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die dritte Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Minister, Sie haben gefragt, was das Interesse der SPD ist. Das Interesse der SPD hier im Landtag ist ganz klar, die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat und unsere Unternehmen zu unterstützen, das zu tun, wofür wir zuständig sind und was auch möglich ist. Das heißt auf der einen Seite natürlich einzufordern, wenn der Bund Hilfen geben muss und zuständig ist. Auch wir werden gegenüber dem Bund die Forderung erheben, wenn die Bauminister- und Verkehrsministerkonferenz mit 16 : 0 abstimmt. Aber es kommt noch etwas anderes dazu: Dort, wo wir als Freistaat Bayern zuständig sind, muss man endlich handeln und darf nicht immer mit dem Finger nach Berlin oder auf die Ampel zeigen, sondern muss selbst tätig werden. Man darf nicht im Tiefschlaf sein und Arbeitsverweigerung betreiben. Den zweiten Teil vergessen Sie immer. Deswegen ist auch die Frage der Kollegin Köhler absolut richtig.

Nach Ihrer Aussage wird der Freistaat erst im April oder Mai des nächsten Jahres handlungsfähig. Nach unserer Auffassung wären wir bereits im Januar oder spätestens im Februar handlungsfähig, wenn wir den Haushalt jetzt einbringen würden. Wir sind dazu bereit; Sie betreiben Arbeitsverweigerung und lenken ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Bei uns betreibt niemand Arbeitsverweigerung; das kann ich Ihnen aus tiefer Überzeugung sagen. Wir werden schnellstmöglich handeln und auch Lösungen dafür finden, um niemanden in Bayern alleinzulassen. Aber dafür müssen wir doch wissen, wo wir konkret nachsteuern, und können jetzt nicht irgendetwas hinausposaunen, was hinterher mit den Maßnahmen des Bundes gar nicht zusammenpasst. Wir müssen auch wissen, wie viel Geld wir dann insgesamt zur Verfügung haben, was die Versprechen aus Berlin kosten und wie viel es uns dann wert ist, das mitzufinanzieren. Wenn das alles auf dem Tisch ist, werden wir schnellstmöglich einen Entwurf vorlegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/24636 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Klingen, Plenk und Swoboda. Enthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/24735 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Klingen und Plenk. Enthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/24736 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Klingen, Plenk und Swoboda. Enthaltungen! – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Soziale Politik für die Menschen – ‚Ja‘ zum Bürgergeld, zur Reform des Wohngeldes, zu 12 Euro Mindestlohn und zur Entlastung von niedrigen Einkommen" auf Drucksache 18/24734 bekannt: Mit Ja haben 54 Abgeordnete und mit Nein 94 Abgeordnete gestimmt; es gab 7 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag Rangziffer 5 der SPD auf Drucksache 18/24639 namentliche Abstimmung beantragt wurde.